



Deutscher Bundestag

## Abschließende Beratung über die Einführung einer Pkw-Maut



Der Bundestag berät in endgültig über die Einführung einer Pkw-Maut auf Autobahnen.

© picture alliance/Ulrich Baumgarten

Abschließend beraten und abstimmen wollen die Abgeordneten des Bundestages über die Einführung einer **Pkw-Maut** am **Freitag, 24. März 2017**. Den Abgeordneten liegen dazu drei Gesetzentwürfe. Die Parlamentarier diskutieren ab 9 Uhr eine Stunde lang über die von der Bundesregierung eingebrachte Änderung des Infrastrukturabgabengesetzes ([18/11237](#), [18/11536](#)), den Gesetzentwurf der Linken zur Aufhebung des Infrastrukturabgabengesetzes ([18/11012](#)) und den Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Änderung des Zweiten Verkehrsteueränderungsgesetzes“ ([18/11235](#), [18/11560](#)). Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur ([18/11646](#)) und der Finanzausschuss ([18/11643](#)) legen dazu Beschlussempfehlungen vor. Zudem hat der Haushaltsausschuss einen Bericht abgegeben ([18/11644](#)). Über die beiden Gesetzentwürfe der Bundesregierung wird namentlich abgestimmt.

**Die Debatte wird live im Parlamentsfernsehen, im Internet auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) und auf mobilen Endgeräten übertragen.**

## Wechsel von der Steuer- zur Nutzerfinanzierung

Während der ersten Lesung war deutlich geworden, dass die Einführung der Pkw-Maut in Deutschland nach wie vor heftig umstritten ist. Sowohl die Linksfraktion als auch Bündnis 90/Die Grünen lehnten das Vorhaben strikt ab, weil die geplante Maut ausländerdiskriminierend und damit europarechtswidrig sei. Die SPD-Fraktion stand der Maut ebenfalls skeptisch gegenüber, kündigte aber an, das Vorhaben zu unterstützen, da es im Koalitionsvertrag enthalten sei. Gleichzeitig forderten Redner der SPD-Fraktion ein deutliches Wort von **Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble (CDU)**, welche Einnahmen durch die Maut tatsächlich zu erwarten seien.

Aus Sicht der Unionsfraktion war die Frage der Europarechtskonformität durch den zwischen EU-Kommission und Bundesregierung Ende 2016 gefundenen Kompromiss geklärt. Durch die nun vorgelegten Änderungen liege ein ausgewogener Gesetzentwurf vor, hieß es. **Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU)** sah mit der Infrastrukturabgabe den „notwendigen Wechsel von der Steuerfinanzierung zur Nutzerfinanzierung“ erreicht. Zudem entfalte die Maut durch die Steuererleichterungen für besonders schadstoffarme Autos eine ökologische Lenkungswirkung.

Sowohl die finanzielle Wirkung der geplanten Pkw-Maut als auch die Frage ihrer Europarechtskonformität bleibt unter Experten umstritten. Das war während einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur am 20. März 2017 deutlich geworden.

## Entschließungsantrag der Grünen

Abgestimmt wird auch über einen Entschließungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen ( [☐ 18/11667](#)). Danach sollte der Bundestag feststellen, dass das Infrastrukturabgabengesetz mit EU-Recht nicht vereinbar ist, dass die Pkw-Maut mehr kostet als sie einbringt und den Grenzregionen schadet.

Zugleich lege sich die Bundesregierung fest, einem EU-Mautsystem zuzustimmen, bei dem es zu einer Mehrbelastung für deutsche Autofahrer kommen werde. 2016 habe die zuständige EU-Kommissarin offenbart, dass sie ein System befürworte, bei dem sich die Höhe der Abgabe ausschließlich an der Zahl der gefahrenen Kilometer orientiert. Damit breche die schwarz-rote Koalition ein zentrales Wahlkampfversprechen und führe die Bürger hinters Licht. (hau/eis/23.03.2017)

---

Ausdruck aus dem Internet-Angebot des Deutschen Bundestages

<http://www.bundestag.de/de/verkehr>

Stand: 24.03.2017